

Stellungnahme gegenüber der Presse

Die Flüchtlinge im Pfarrheim St. Emmeram, Regensburg

Romano Jekipe Ano Hamburg

Regensburg, 15.07.2016

Die Presseerklärung des Bistums Regensburg vom 14.07.2016 zu den Flüchtlingen im Pfarrheim St. Emmeram ist in mehreren Punkten irreführend.

Die Betroffenen bedanken sich sehr herzlich für die humanitäre Hilfe, die sie von der Kirche bekommen. Umso mehr Fragen stellen sich den Bewohner*innen anlässlich der Presseerklärung des Bistums. Die erwähnten 14 Personen sind nur in ihre Unterkünfte in Regensburg zurückgekehrt, um sich auszuruhen und zu duschen, weil keine Duschkmöglichkeiten zur Verfügung standen. Anfangs gab es nur zwei Toiletten für 45 Personen. Das heißt nicht, dass sie den Protest nicht weiter unterstützen.

Fragwürdig ist auch die Aussage des Bistums, dass von den Protestierenden nur drei Personen unmittelbar von Abschiebung bedroht seien. *„Wir kamen aus verschiedenen Abschiebelagern und Bundesländern zusammen, um der Verfolgung und dem Tod in unseren Heimatländern zu entkommen. Wir suchen Schutz in der Kirche, weil wir in den Abschiebelagern nur darauf warten, in unsere Herkunftsländer deportiert zu werden. Wegen der Schnellverfahren in Abschiebelagern haben wir dort keine Chance auf Asyl. In unseren Herkunftsländern sind wir von Verfolgung, politischer Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung bedroht. Auch wenn manchen Verfahren noch nicht abgeschlossen sind, werden die Betroffenen in Abschiebelagern festgehalten. So erleben wir auch hier eine soziale Ausgrenzung, wie wir sie von unseren Herkunftsländern kennen,“* so sehen es die Protestierenden.

Auch der Schulbesuch der Kinder wird verweigert, obwohl auch für diese Kinder die Schulpflicht besteht. *"Es scheint uns beschämend, wenn das Schulamt nicht in der Lage ist, Plätze für die sechs schulpflichtigen Kinder zu finden. Die gesundheitliche Situation der Protestierenden ist frustrierend, mehrere Kinder sind krank geworden. Einige mussten im Krankenhaus behandelt werden."*

„Wir, die Protestierenden, bemühen uns, gemeinsam mit der Kirche Lösungen zu finden. Wir zeigten uns kooperativ in den Verhandlungen mit der Kirche, und wünschen uns Fairness auch seitens der Kirchenoberen. Wir sind enttäuscht, dass die Kirche ihre Verpflichtungen nur teilweise erfüllt hat und jetzt schon verkündet, dass sie ein Kirchenasyl nicht in Betracht zieht.“

Kontakt: Herr Asanovski und Frau Ademi Tel: 0157 82806571